

17. MÄRZ 2019 — Königlicher Erlass über den Führerschein für Hafenfahrzeuge

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, des Artikels 1 Absatz 1 und des Artikels 26, ersetzt durch das Gesetz vom 9. Juli 1976;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 23. März 1998 über den Führerschein;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund des Antrags auf Begutachtung binnen einer Frist von 30 Tagen, der am 3. Januar 2019 beim Staatsrat eingereicht worden ist, in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

In der Erwägung, dass kein Gutachten binnen dieser Frist übermittelt worden ist;

Aufgrund von Artikel 84 § 4 Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Ministers der Mobilität

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In Artikel 20 § 7 des Königlichen Erlasses vom 23. März 1998 über den Führerschein, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 19. November 2017, werden die Wörter "für eine Fahrt zwischen Baustellen verwendet wird, die weniger als 5 km voneinander entfernt liegen." durch folgende Wörter ersetzt: "in einem der folgenden Fälle verwendet wird:

1. für eine Fahrt zwischen Baustellen, die weniger als 5 km voneinander entfernt liegen,

2. in einem Hafengebiet."

Art. 2 - Der für den Straßenverkehr zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 17. März 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Mobilität

Fr. BELLOT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2020/16123]

7 APRIL 2019. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de nadere regels en het model van het protocolakkoord ter uitvoering van artikel 41 van de wet op de politie van de spoorwegen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 7 april 2019 tot vaststelling van de nadere regels en het model van het protocolakkoord ter uitvoering van artikel 41 van de wet op de politie van de spoorwegen (*Belgisch Staatsblad* van 19 april 2019).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2020/16123]

7 AVRIL 2019. — Arrêté royal fixant les modalités et le modèle du protocole d'accord en exécution de l'article 41 de la loi sur la police des chemins de fer. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 7 avril 2019 fixant les modalités et le modèle du protocole d'accord en exécution de l'article 41 de la loi sur la police des chemins de fer (*Moniteur belge* du 19 avril 2019).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C – 2020/16123]

7. APRIL 2019 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten und des Musters für das Vereinbarungsprotokoll in Ausführung von Artikel 41 des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 7. April 2019 zur Festlegung der Modalitäten und des Musters für das Vereinbarungsprotokoll in Ausführung von Artikel 41 des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

7. APRIL 2019 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Modalitäten und des Musters für das Vereinbarungsprotokoll in Ausführung von Artikel 41 des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn, des Artikels 41 § 2;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen vom 8. Juni 2018;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors des Föderalen Öffentlichen Dienstes Justiz vom 16. Juli 2018;
Aufgrund der Auswirkungsanalyse beim Erlass von Vorschriften, die gemäß den Artikeln 6 und 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2013 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen administrative Vereinfachung durchgeführt worden ist;

Aufgrund der Tatsache, dass der Staatsrat binnen der gesetzten Frist kein Gutachten in Anwendung von Artikel 84 § 4 Absatz 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben hat;

Auf Vorschlag des Ministers der Mobilität

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Vereinbarungsprotokolle über das Verfahren zur Bearbeitung der in Artikel 30 des Gesetzes vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn erwähnten Verstöße, die zwischen dem Unternehmen, von dem der sanktionierende Bedienstete abhängt, und dem zuständigen Prokurator des Königs ausgestellt werden, enthalten die Bestimmungen und die eingetragenen Vermerke, so wie sie gemäß Buchstabe B) "Verfahrensvereinbarungen in Bezug auf die in Artikel 30 des Gesetzes vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn erwähnten Verstöße" des Musters, das vorliegendem Erlass als Anlage beigefügt ist, festgelegt sind.

Art. 2 - Unternehmen, von denen die sanktionierenden Bediensteten abhängen, und die Staatsanwaltschaften des Prokurators des Königs ergänzen die Bestimmungen des Vereinbarungsprotokolls, wie im Muster, das vorliegendem Erlass als Anlage beigefügt ist, vorgesehen.

Art. 3 - Der für den Eisenbahnverkehr zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 7. April 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Mobilität
Fr. BELLOT

Anlage zum Königlichen Erlass vom 7. April 2019 zur Festlegung der Modalitäten und des Musters für das Vereinbarungsprotokoll in Ausführung von Artikel 41 des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn

MUSTER EINES VEREINBARUNGSPROTOKOLLS IN BEZUG AUF BESTIMMTE VERSTÖSSE GEGEN DIE
ORDNUNGSBESTIMMUNGEN IN SACHEN EISENBAHN

ZWISCHEN:

dem Unternehmen [Bezeichnung], vertreten durch [...],

UND

dem Prokurator des Königs des Gerichtsbezirks [...], vertreten durch [Frau/Herrn ...],

WIRD FOLGENDES DARGELEGT:

Aufgrund des Gesetzes vom 27. April 2018 zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn (nachstehend "Gesetz" genannt), insbesondere des Artikels 41 in Bezug auf die in Artikel 30 erwähnten Verstöße

WIRD FOLGENDES VEREINBART:

A) Rechtlicher Rahmen

In Bezug auf die in Artikel 30 erwähnten Verstöße, die entweder mit einer der in Artikel 28 erwähnten Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße geahndet werden können, wird in Artikel 41 § 2 Absatz 4 Folgendes bestimmt: Unternehmen, von denen die sanktionierenden Bediensteten abhängen, schließen mit den Prokuratoren des Königs Vereinbarungsprotokolle ab, um ihre Beziehungen zu regeln und insbesondere im Voraus die Verhaltensweisen zu bestimmen, die die Prokuratoren des Königs nicht weiterverfolgen sollen, weil eine administrative Geldbuße eine geeignetere Maßnahme wäre.

B) Verfahrensvereinbarungen in Bezug auf die in Artikel 30 des Gesetzes erwähnten Verstöße

Artikel 1 - Informationsaustausch

1. Alle Parteien verpflichten sich, im Rahmen ihrer Befugnisse zusammenzuarbeiten und einander zu informieren, und gewährleisten den vertraulichen Charakter ihres Austauschs.

Zu diesem Zweck bestimmt der Prokurator des Königs einen oder mehrere Magistrate seines Bezirks, die nachstehend "Bezugsmagistrate" genannt werden. Die Bezugsmagistrate können von den Unternehmen, die durch vorliegende Vereinbarung gebunden sind, kontaktiert werden, wenn in Bezug auf die Anwendung des Gesetzes oder auf vorliegende Vereinbarung Schwierigkeiten auftreten oder um Informationen über die Weiterverfolgung bestimmter Protokolle zu erhalten.

2. Die Kontaktdaten der Bezugsmagistrate und der Kontaktpersonen in den Unternehmen sind in einem beigefügten Dokument angegeben. Der Briefverkehr und/oder die Telefongespräche und/oder die E-Mails in Bezug auf die Ausführung des Gesetzes werden an sie gerichtet.

3. Die Parteien verpflichten sich, jegliche Änderung der Kontaktdaten der oben erwähnten Personen unverzüglich zu melden.

Artikel 2 - Bearbeitung der Verstöße

1. Der Prokurator des Königs verpflichtet sich, für die nachstehend erwähnten Verstöße keine Verfolgung einzuleiten, und die betreffenden Unternehmen verpflichten sich, die ordnungsgemäß festgestellten Verstöße zu bearbeiten:

- ...
- ...
- ...
- ...

2. Der Prokurator des Königs verpflichtet sich, für die nachstehend erwähnten Verstöße Verfolgungen einzuleiten, und die betreffenden Unternehmen verpflichten sich, die ordnungsgemäß festgestellten Verstöße nicht zu bearbeiten:

- ...
- ...
- ...
- ...

Artikel 3 - Besondere Modalitäten

1. Steht ein in Artikel 2 § 1 des vorliegenden Protokolls erwähnter Verstoß in Zusammenhang mit anderen Verstößen, die nicht für ein Verwaltungsverfahren in Frage kommen, so wird dieser Verstoß nicht im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens behandelt, sondern dem Bezugsmagistrat übertragen.

2. Stellt der sanktionierende Bedienstete im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens fest, dass sich der Zuwiderhandelnde eindeutig noch anderer Straftaten schuldig gemacht hat, die nicht für ein Verwaltungsverfahren in Frage kommen, so meldet er diese dem Bezugsmagistrat in Anwendung von Artikel 29 des Strafprozessgesetzbuches.

3. Unter Berücksichtigung der Art der gemeldeten Taten entscheidet der Bezugsmagistrat, ob er sich dazu verpflichtet, die Gesamtheit der Taten, einschließlich der Taten, für die ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wurde, weiterzuverfolgen. Er setzt den sanktionierenden Bediensteten innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach der Meldung davon in Kenntnis; dieser schließt das Verwaltungsverfahren ab. Ohne Entscheidung des Prokurators des Königs schließt der sanktionierende Bedienstete das Verwaltungsverfahren für die gemeldeten Taten ab.

4. Handelt es sich um Feststellungen in Bezug auf einen unbekanntem Verdächtigen, wird dem sanktionierenden Bediensteten keine Kopie des Protokolls übermittelt. Wird der ursprünglich unbekanntem Verdächtige später identifiziert, kann der Prokurator des Königs entscheiden, keine Verfolgung einzuleiten, und dem zuständigen sanktionierenden Bediensteten die Sache übertragen.

Erstellt in, am, in so vielen Exemplaren, wie es Parteien gibt

Für das Unternehmen [Bezeichnung], vertreten durch [...]

Für den Prokurator des Königs des Gerichtsbezirks [...], vertreten durch [Frau/Herrn ...]

Gesehen, um dem Königlichen Erlass vom 7. April 2019 zur Festlegung der Modalitäten und des Musters für das Vereinbarungsprotokoll in Ausführung von Artikel 41 des Gesetzes zur Festlegung von Ordnungsbestimmungen in Sachen Eisenbahn beigefügt zu werden.

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Mobilität

Fr. BELLOT

FEDERALE OVERHEIDSDIENST SOCIALE ZEKERHEID

[C – 2020/43789]

22 NOVEMBER 2020. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de invloed van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen op de inning van de bijdragen verschuldigd voor het jaar 2021 binnen het raam van het sociaal statuut der zelfstandigen

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op het koninklijk besluit nr. 38 van 27 juli 1967 houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen, artikel 11, §3, derde lid, vervangen bij de wet van 22 november 2013, en artikel 14, §1, gewijzigd bij de wetten van 30 maart 1994, 21 december 2007 en 22 november 2013 ;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1 ;

Overwegende dat de sociale verzekeringsfondsen voor zelfstandigen ten spoedigste al de vereiste schikkingen moeten kunnen treffen voor de inkohiering van de bijdragen over het jaar 2021 op grond van de breuken die de invloed weergeven van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen op de inning van de bijdragen verschuldigd voor het jaar 2021 ;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Zaken en de Minister van Zelfstandigen,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Met het oog op de berekening van de bijdragen verschuldigd voor het jaar 2021 :

1° wordt de breuk bedoeld in artikel 11, § 3, derde lid, van het koninklijk besluit nr. 38 van 27 juli 1967 houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen, vervangen bij de wet van 22 november 2013, vastgesteld op

546,78;
528,46

SERVICE PUBLIC FEDERAL SECURITE SOCIALE

[C – 2020/43789]

22 NOVEMBRE 2020. — Arrêté royal déterminant l'incidence des fluctuations de l'indice des prix à la consommation sur la perception des cotisations dues pour l'année 2021 dans le cadre du statut social des travailleurs indépendants

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu l'arrêté royal n° 38 du 27 juillet 1967 organisant le statut social des travailleurs indépendants, l'article 11, § 3, alinéa 3, remplacé par la loi du 22 novembre 2013, et l'article 14, § 1^{er}, modifié par les lois des 30 mars 1994, 21 décembre 2007 et 22 novembre 2013;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence; Considérant que les caisses d'assurances sociales pour travailleurs indépendants doivent pouvoir au plus vite prendre toutes les dispositions utiles pour l'enrôlement des cotisations de l'année 2021 sur la base des fractions reflétant l'incidence des fluctuations de l'indice des prix à la consommation sur la perception des cotisations dues pour l'année 2021;

Sur la proposition du Ministre des Affaires sociales et du Ministre des Indépendants,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. En vue de la fixation des cotisations dues pour l'année 2021 :

1° la fraction visée à l'article 11, § 3, alinéa 3, de l'arrêté royal n° 38 du 27 juillet 1967 organisant le statut social des travailleurs indépendants, remplacé par la loi du 22 novembre 2013, est fixée à

546,78;
528,46